



Dokumente

*Thesen
Erklärungen
Stellungnahmen
Analysen*

aus:

Plenartagungen des Zentralkomitees
November 2025



Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

DAS WELTKLIMA BEDARF DES ENDES DES KAPITALISMUS ARBEITER: DER „KLIMASCHUTZ“ BEDARF DEINER ERNEUTEN PROLETARISCHEN REVOLUTION!

Selbst der harmloseste Kompromiss in Sachen Klima ist unter den Regierungen dieser Welt nicht mehr möglich. Die jüngste Weltklimakonferenz in Brasilien legte einmal mehr davon Zeugnis ab. Was sie auch beschließen, am Ende türmen sich nur noch mehr ihrer Trümmer auf dem Haufen Versuche, die Welt zu retten ohne sich selbst abzuschaffen. Ein paar Beispiele für die Agitation:

Grüner Stahl verwüstet. Auf den Landraub, die Zwangsenteignung und die Vertreibung folgt die Abrodung immer größerer Flächen im brasilianischen Cerrado, der weltweit zweitgrößten Trocken-savanne und eines der artenreichsten Ökosysteme der Erde. Brasilianische Bauern, die sich dem in den Weg stellen, werden um die Ecke gebracht. Die freie Fläche wird mit riesigen Eukalyptus-Plantagen neu bepflanzt. Eine einzige Monokultur, die viermal weniger CO₂ aufnehmen kann als der vorherige Wald. Kaum zum Baum gereift - und das dauert mit Eukalyptus nur wenige Jahre - wird er gefällt und in Kohlenmeilern zur Holzkohle verbrannt. Endlich gelangt die Holzkohle in die Hände der Stahl-monopole, ArcelorMittal, ThyssenKrupp und Co. Vielleicht rollt ein neuer Leopard 2 am Ende an die Ostfront. Der jetzt tarngrüne Stahl war schon blutbefleckt, bevor ihn ein deutscher Arbeiter zum Kettenfahrzeug machte. Die Weltbank läutete diesen grünen Zertifikatendeal ein. Milliarden um Milliarden fließen in die weitere Zerstörung der Welt. Monopole, die hier Geld geben, handeln sich Zertifikate aus, um vor der eigenen Haustüre in alter Produktionsmanier das CO₂ umso mehr in die Luft zu schießen.¹ Ja, der Kapitalismus ist die Klimakatastrophe. Aber obiges dokumentierte gar das Öffentlich-Rechtliche² und sorgte unter IG-Metallern auf einem Seminar für Empörung. Die sich widersetzenden Bauern und die deutschen Endabnehmer der furchtbar grünen Kohle sagen mehr als jeder Vortrag.

Warum, Arbeiter, kann der Imperialismus auf diese Ökonomie nicht mehr verzichten?

¹ https://utopia.de/news/verschollen-enthüllt-schmutzige-klimadeals-das-steckt-dahinter_873493/

² „Verschollen“; zu finden in der ard-Mediathek

Ist dir wirklich klar, wie viel Hunger und Massenflucht dein Festhalten an deinem Lohn nach sich ziehen wird? Du wirst sicher gehört haben, wie sehr sich die Erderwärmung allein in den vergangenen zehn Jahren beschleunigt hat. Um ziemlich genau ein Grad!³ Allein über eine Milliarde Menschen rund um den 2500 Kilometer langen Himalaya werden erst von den Sturzfluten vertrieben, die das Schmelzwasser der sich vor aller Augen verkleinernden Gletscher vom Hindukusch in Afghanistan bis zu den östlichen Gebirgen in Myanmar in die mitunter wichtigsten Flüsse für die gesamte Region, Indus, Ganges und Brahmaputra, bringt. Ab 2050 dann werden sie kaum mehr Schmelzwasser erhalten und austrocknen, die Gletscher wird es nicht mehr geben.⁴ Nicht einmal Zeltedörfer wird der Imperialismus ihnen bieten können, denn auf der nächst nicht mehr überschwemmten Fläche wartet schon die nächste Milliarde auf ausgetrocknetem Gebiet⁵, ihre Flüsse lebten von den großen Zubringer-Flüssen aus dem Himalaya. Und kein Geld dieser Erde wird an der Ein-Grad-Steigerung pro Jahrzehnt etwas ändern! Ein Jahrzehnt der durchschnittlichen Kapazitätsauslastung in der Industrie von gerade einmal 75% in China⁶, den USA⁷, Europa und konkret in der BRD⁸. Ein Jahrzehnt der Megadürre in Chile, des Verschwindens 100er Gletscher in den Anden und der vorsichtigen Prognose, dass im Laufe des Jahrhunderts die nördliche Atacamawüste bis nach Zentral-Chile - hier lebt die übergroße Mehrheit der knapp 20 Millionen Chilenen - anwachsen wird.⁹ Es ist ein Jahrzehnt, in dem ein weiteres Umschlagen von Quantität in Qualität die gesamte Natur in die Enge treibt. Die immanente Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschheit durch die kapitalistische Produktion, die aus sich selbst heraus nur noch größere Zerstörung erzeugen kann. Und es ist ja nicht so, als

3 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1073559/umfrage/durchschnittliche-temperaturschwankungen-land-meer/>

4 <https://www.welthungerhilfe.de/welternaehrung/rubriken/klima-ressourcen/gletscherschmelze-am-himalaya-gefaehrdet-suedasien>

5 <https://www.tagesschau.de/wissen/klima/himalaya-gletscher-klimawandel-100.html>

6 https://www.stats.gov.cn/english/PressRelease/202507/t20250730_1960536.html#:~:text=Quarter%20of%202025-,Industrial%20Capacity%20Utilization%20Rate%20in%20the%20Second%20Quarter%20of%202025,electronic%20equipment%20was%2077.3%20percent.

7 <https://www.ibisworld.com/united-states/bed/manufacturing-capacity-utilization/4083/#:~:text=Recent%20Trends%20%E2%80%93%20Manufacturing%20capacity%20utilization,demand%20and%20improved%20inventory%20management.>

8 <https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2025/heft/1/beitrag/sinkende-produktionskapazitaeten-in-der-industrie.html>

9 <https://www.wsl.ch/de/news/die-zukunft-der-gletscher-in-den-anden/>

wäre dieser Zustand nicht selbst in deutschen Gerichtsstuben anerkannt und höchst offiziell festgestellt. So musste einer Klage eines peruanischen Landwirts aus den Anden gegen RWE stattgegeben werden. Das Oberlandesgericht Hamm konnte gar nicht mehr abstreiten, dass die Verbrecher mit Hauptsitz in Essen eine Menge an CO₂ in die Luft blasen, die nicht unwesentlich zur Zerstörung der menschlichen Lebensgrundlage in den Anden beiträgt. Konkret aber konnte natürlich nicht nachgewiesen werden, besser: öffentlich zugegeben werden, dass der Gletscher-See, der sich in der Nähe des Hauses des Landwirts bildete, eine akute Gefahr für den Mann darstellen würde.¹⁰ Nein, dem peruanischen Bauern ist nur durch die Enteignung von RWE und Co geholfen, Arbeiter, alles andere ist Quark und Barbarei!

Wohin mit den Millionen und Milliarden Menschen? Während mit dem Privatbesitz an den Produktionsmitteln der Tier- und Pflanzenwelt ein derartiger Stoß versetzt wird, dass sich kaum mehr von und mit ihnen leben lässt? New York wird bis zum Jahr 2100 im wahrsten Sinne untergegangen sein, daran besteht bei momentaner Geschwindigkeit des Steigens des Meeresspiegels keinerlei Zweifel mehr (nur schneller könnte es gehen, New York sinkt nämlich gleichzeitig: zu viel schiere Masse auf zu wenig Fläche, zu viel Wasserentzug, zu viel Versiegelung¹¹ - in Echtzeit kann die Menschheit nachrechnen, wie lange ihr ihre Städte und Inseln¹² noch bleiben, und doch baut und zerstört sie weiter, als gäbe es kein Morgen). Die knapp 20 Millionen Bewohner des Großraums von Teheran sind seit Jahren dem Verdursten nahe, die herrschende Klasse Irans ist gezwungen, das Wasser für den Großteil des Tages abzdrehen und öffentlich ihre verzweifelten „Lösungen“ kund-zugeben, ganz Teheran in den Süden an den Persischen Golf zu verlegen. Die vorsichtigsten Schätzungen sprechen von Jahrzehnten, die das bräuchte, ohne dass am Problem irgendetwas wirklich behoben würde¹³ – rechne selbst nach, wie viele Grade Erderwärmung das obendrauf heißt, Arbeiter,

10 <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/energie/rwe-klima-klage-peru-landwirt-100.html>

11 <https://www.travelbook.de/news/new-york-versinkt#:~:text=Forscher%20prognostizieren%3A%20New%20York%20versinkt%20bis%202100%20im%20Meer>

12 Etwa Kiribati: Südlich von Hawaii und nördlich von Neuseeland gelegen, erstreckt sich Kiribati auf 33 Inseln, verteilt auf eine Meeresfläche so groß wie die USA. 21 der kleinen Inseln sind bewohnt. Die Einwohnernennen sich I-Kiribati. Insgesamt gibt es 115.000 von ihnen. In den kommenden Jahrzehnten werden die meisten Inseln untergegangen sein, schon vorher kaum mehr bewohnbar, die zunehmenden Meeresstürme und Zyklone lassen ihnen keine Chance. Siehe: <https://fridaysforfuture.at/blog/kiribati-land-inselstaat-versinkt-im-meer-209167>

13 <https://www.n-tv.de/politik/Wie-es-zur-Wasser-Katastrophe-von-Teheran-kam-article25976688.html>

wie viele weitere Kippunkte in diesem Zeitraum nur die nächsten Kippunkte nach sich ziehen werden und wie viele Millionen Tote mehr zu verzeichnen sind, weil der Kapitalismus im Iran verdursten und New York absaufen lässt. Die Menschheit wird zur Flucht gezwungen, den Bewohnern einiger dem Untergang geweihten Pazifikinseln wird Arbeit in Neuseeland angeboten¹⁴. Die Mehrheit aber kann sich den Flug nicht einmal leisten. Als gelernte Fischer und Bauern dennoch zum Festland gelangt, bleibt ihnen oft ein neu errichteter Slum, ohne gesellschaftlich nützliche Arbeit. Mehr Zerstörung erzeugt mehr Esser auf weniger zur Verfügung stehendem Land. Noch nie stand die Weltrevolution vor der Situation, fast schon exakt nachvollziehen zu können, wie viel Zeit ihr noch bleibt, sie kann die Konsequenzen für den Lebensraum kommenden Landraubs, kommenden Raub-baus endlicher Rohstoffe, kommender Kriege und kommender Massenflucht fast schon auf das Komma genau in ihre Strategie einbeziehen, noch bevor der erste Spatenstich im Namen der jetzt auch offiziell zu Billionären gewordenen Minderheit innerhalb einer Minderheit vollzogen wurde. Nur die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, die die Menschheit aufwenden muss, um all den Schaden, den der Kapitalismus nur in den vergangenen Jahrzehnten anrichtete, einigermaßen rückgängig zu machen, ist kaum mehr zu bestimmen, weil ihr mit jedem Tag weiterer Zerstörung¹⁵ die bisherigen Grundlagen genommen werden, auf denen sie nach dem Sturz der Bourgeoisie hätte aufbauen können, aus dem Werk der Zerstörung das Werk der Zukunft anzugehen.

In Zeiten, in denen der Sozialismus zum Greifen nahe ist, fallen die drei schlimmsten Erscheinungen dieses untergehenden Gesellschaftssystems Kapitalismus, die wissentliche Zerstörung der Lebensgrundlage für Milliarden Menschen, die so genannte Klimakatastrophe, die jetzt schon bald zwanzig Jahre währende weltweite ökonomische Krise und der offene Krieg, der an bis zu vier Fronten zum direkten Aufeinandertreffen der Imperialisten führt, zusammen und sind objektiv über-haupt nicht mehr voneinander zu trennen. Der Kreislauf ist eben auch hier ein enger werdender, sich zuspitzender. Schließlich bleibt dem Kapital selbst kein anderer Ausweg, als den verbleibenden Rest noch auszubeutender Landmasse umso schneller und zerstörerischer

14 Siehe <https://www.travelbook.de/news/new-york-versinkt#:~:text=Forscher%20prognostizieren%3A%20New%20York%20versinkt%20bis%202100%20im%20Meer>

15 Und die oben angeführten Punkte können lediglich die Dimension der Zerstörung andeuten, auf die die Menschheit sehenden Auges zusteuert. Und es ist ja nicht so, als warnten nicht jeden Tag aufs Neue von allen Erteilen Institute, Wissenschaftler und Organisationen aller Art, dass es im Grunde nichts mehr gibt, was die Natur betrifft, das nicht vor einer qualitativen Änderung stünde, die massive Konsequenzen für den Fortbestand ganzer Populationen der Tier- und Pflanzenwelt hätte.

anzueignen, jedem Widerspruch unter den Völkern mit noch mehr Krieg zu begegnen und im darin nur noch weniger möglichen Kapitalumschlag ihre eigene Krise und die damit einhergehenden MASSENTLASSUNGEN zu einer noch schärferen werden zu lassen.

Und so fern es manchem Arbeiter der BRD noch erscheinen mag, so deutlich spricht ein Oberlandesgericht in Hamm eben selbst: Die Produktion in diesem deutschen Land ist unmittelbar Teil dieser unfassbaren Weltzerstörung, des Hungers und des Elends. Vielleicht mag es auch mancher Agitator kaum glauben, aber die Betriebsgenossen sagen es selbst: Mehr und mehr Arbeiter haben im Gegensatz zu vor zehn Jahren ein Gehör und vor allem die Augen dafür. Nein, kein Flugblatt wird die Empörung erzeugen, die es braucht, um im Betrieb Unruhe zu erzeugen. Aber die vielen, vielen Dokumentationen, die es gibt (erinnert sei an die ARTE-Doku über die Rinderzucht im Amazonas und die feinen Ledersitze im BMW am Ende der Lieferkette), können dazu genutzt werden, wenigstens in Ansätzen die Dimension zu vermitteln, vor der die Menschheit und vor welcher Verantwortung der Arbeiter selbst steht. Was spricht dagegen, auf den VK-Sitzungen, in der JAV oder im OJA vorzuschlagen, sich solche Dokumentationen gemeinsam anzusehen? Weniger formale Tagesordnung und mehr das, was auf der Welt passiert.

Natürlich, wir dürfen nicht die Beschreiber des Untergangs sein, wir müssen die Empörung erzeugen und zurecht die Frage aufmachen: Kann der Sozialismus es besser machen? Können die Arbeiter es besser machen? Und spätestens jetzt müssen allen Revolutionären die Türen offen stehen. Denn eines zu vermitteln, ist jedem möglich: Die Ökonomie des Kollektivs ist allemal zu mehr imstande als die Ökonomie der Individuen und des Maximalprofits der Monopole, der am Ende die Ware braucht, die gesellschaftlich noch messbare menschliche Arbeitszeit verkörpert, aber zu wenig Abnehmer und noch weniger gesellschaftlichen Nutzen (in Relation zu den Möglichkeiten des hinter den Waren steckenden gesellschaftlichen Wissens) findet. Freilich sind das die Möglichkeiten der entwickelten Produktivkräfte, die im Sozialismus gänzlich anders und damit überhaupt wirklich zur Geltung kämen. Es ist aber eben auch das gesellschaftliche Sein und die gesellschaftliche Erziehung, die sich im Gegensatz zur 100g-Verpackung für den Einzelesser, bestellt per Mausklick, im Klassenkampf gegen die bürgerliche Ordnung und ihrer menschlichen Verwahrlosung verändert. Das eine ist die völlige Perversion, wie sie sich im Verhältnis von 700 Millionen zum Schlachter geführten Tieren im Jahr 2020 in der BRD¹⁶ (Tendenz steigend) zu 80 Millionen Einwohnern ausdrückt (vom exorbitanten CO₂-Ausstoß der Massentierhaltung, über das vollkommen unnötige Massentöten von Lebewesen bis hin zu den massiven gesundheitsschädigenden Konsequenzen für den Esser selbst). Es ist das

16 <https://www.wwf.de/themen-projekte/landwirtschaft/massentierhaltung>

Verhältnis zu den bestehenden Verhältnissen und die eigene Tat, das Verhältnis zur Lohnarbeit und dem Produkt seiner Lohnarbeit, ausgedrückt beispielsweise im Essen: Wer nicht kämpft, isst schlecht, weil er Individuum ist und bleibt. Wer kämpft, organisiert sich, versteht sich als Teil einer Klasse und erkennt ganz materiell, welche Möglichkeiten die kommende Ökonomie der Diktatur des Proletariats schon im Verhältnis des Essers zum Essen, zur Erziehung und damit zur einfachen Lösung absurdesten kapitalistischer Probleme bringen wird!

Auf einen Nenner gebracht: Ohne die sog. Klimafrage ist kein Antikriegskampf zu führen. Klimapolitik ist Betriebspolitik! Und der Kapitalismus ist die wahre Klima-Katastrophe die ein kämpfendes Proletariat im Sturz der imperialistischen Staaten und in der Enteignung der Fabriken und des Landes und in der Besitznahme der Meere und Flüsse längst seit der Commune und der Oktober-revolution 1917 und der Befreiungsbewegungen und Volksdemokratien der Menschheit bewiesen hat, die Arbeiterklasse kann die Menschheit und darin die Natur längst retten! Indem sie ihre zeitweilige Niederlage in einen SIEG durch ihre Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats als erste Etappe zum Kommunismus verwandelt. Arbeiter vereinigt Euch – die Welt bedarf es längst und der vermüllte Weltraum über unseren Köpfen ebenso.

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
November 2025*

SPLITTER

ZUR JÜNGSTEN ENTWICKLUNG DES NOTSTANDS DER REPUBLIK IM KRIEG - DER KRIEG IST IN DER WELT!

Allgemeine Wehrpflicht

Die aggressivsten Teile des Finanzkapitals sind auf dem Weg zur Errichtung ihrer offen terroristischen Diktatur des Faschismus, der auch mit einer demokratisch verbrämten Militärdiktatur daherkommen kann, was mit allen Staats- und Regierungsmaßnahmen immer wahrscheinlicher erscheint. Teil davon ist auch das neue Gesetz zur Aktivierung der allgemeinen Wehrpflicht.

Die nun aus hunderttausenden Jugendlichen per Zwang erhobenen Fragebögen und Musterungen erhält nicht nur der Generalstab der Bundeswehr, sondern auch die Arbeitsagenturen sollen sie im Falle der Ausrufung des Notstands oder des Kriegs erhalten.

Dazu schreibt der Kapitalistenverband BDA in einer Stellungnahme zum Gesetzentwurf des Wehrdienstgesetzes:

„Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in Deutschland unterstützen die Maßnahmen der Bundesregierung, die Wehr- und Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu stärken. Die deutsche Wirtschaft ist bereit, daran ihren Anteil zu tragen. Wichtig ist: Eine starke Verteidigungsfähigkeit geht mit einer starken Wirtschaft Hand in Hand.

Damit im Bedarfsfall das Arbeitssicherstellungsgesetz (ASG) durch die Agenturen für Arbeit gut umgesetzt werden kann, sind die geplanten Datenübermittlungsmöglichkeiten zwischen Bundeswehr, Meldebehörden und Arbeitsagenturen und zwischen den Arbeitsagenturen und den Jobcentern nach SGB II sinnvoll. Mit dem ASG verbundene Kosten müssen vom Bund und nicht von der Arbeitslosenversicherung getragen werden. Eine grundsätzliche Überarbeitung des ASG ist zeitnah erforderlich.“

Denn Krieg und Faschismus erzwingen die Unterstellung von Millionen von Arbeitern unter die größten Monopolisten für ihren gewaltigen Arbeitskräftebedarf in der Kriegswirtschaft sowie die Zuteilung an kleine Monopolisten und das Mittelkapital, schon während der Aufrüstung und insbesondere im Krieg, der Millionen Arbeiter an den Fronten verschlingt. Denn die offen terroristische Diktatur ist auch ein Kampf um die Staatskasse, ein Kampf um das Raubgut, ein Kampf um die Arbeitskraft innerhalb der Kapitalistenklasse, den die am meisten imperialistischen Teile des Finanzkapitals gegen den Rest für sich entschieden haben. Die Zuteilung der Arbeitskräfte übertrug das Monopolkapital im ersten wie insbesondere zweiten Weltkrieg den

Arbeitsämtern, die ungeheure Verbrechen an den Arbeitern und Völkern verübten. Aber nicht nur das. Es war die Erfassung und Zuteilung nach einem großen, gesamtgesellschaftlichen Plan für die gesamte Wirtschaft, in der zugleich eine Planung für den Sozialismus materiell nachgewiesen wurde vom Imperialismus selbst und der in Händen der Arbeiterklasse Wunder von Aufbauleistungen vollbringt, wie die Sowjetunion und das gesamte sozialistische Lager bewiesen hatten. Im Imperialismus allerdings ein Militärzuchthaus für Arbeiter. Auch dies steckt in der Frage der Aktivierung der allgemeinen Wehrpflicht.

Klar ist auch für die FDJ, dass ihre Agitation, ihre Organisierung unter der Arbeiterjugend einen gewaltigen Teil ihres Kampfes einnehmen muss. In und vor den Berufsschulen, auf Berufsmessen, in und vor den Lehrlingswerkstätten etc. Jeder zweite Lehrling wird nach Angaben des Bundesinstituts für Berufsbildung jetzt schon abgeschrieben werden und die Kapitalisten fürchten um ihre billigen Hilfsarbeiter:

„Ein großer Teil der Zielgruppe – voraussichtlich jeder zweite Auszubildende – wird altersbedingt während der Berufsausbildung angeschrieben werden. Bei freiwilliger Meldung erlangen sie den Status von Soldatinnen und Soldaten auf Zeit und erhalten damit rund 2.700 € (ohne Zulagen) nach dem Bundesbesoldungsgesetz. Das ist mehr als doppelt so viel, wie Auszubildende im Durchschnitt aktuell als Ausbildungsvergütung erhalten. Damit ist die Gefahr gegeben, dass Auszubildende ihre Ausbildung schon aufgrund dieses finanziellen Anreizes abbrechen könnten. Des-halb sollten bei der Befragung der Betroffenen neben der Angabe zu Bildungsabschlüssen auch Angaben zum aktuellen Status „in Ausbildung“ eingefordert werden. Dies sollte im Fragebogen und in den mit der Musterung verbundenen Beratungsgesprächen mit dem ausdrücklichen Hinweis verbunden werden, dass laufende Ausbildungen für den Wehrdienst nicht abgebrochen oder unterbrochen werden sollten. Ein freiwilliger Wehrdienst sollte vor einer Ausbildung oder nach Abschluss einer Ausbildung angetreten werden.“

Die Ökonomie bestimmt eben die Politik, deren Fortsetzung der Krieg ist.

Den Kasernenbau treibt das Kriegsministerium beschleunigt voran:

Baufirmen sollen bis 2031 auf Militärgelände 40.000 neue Unterkünfte errichten an 120 Standorten mit 270 neuen Unterkunftsgebäuden. In einem im deutschen Auslandskrieg entwickelten standardisierten Bausystem mit schnellem Vergaberecht für Bauaufträge. Zur Umsetzung hatte die Bundeswehr im Oktober 130 Firmen nach Berlin eingeladen, um über den „Kasernenbau im Fließband“ zu beraten. Arbeiter, dafür flossen in diesem Jahr 20% mehr deiner Steuern in den Kasernenbau als 2024. Dein Widerstand steht auf der Tagesordnung,

willst du mit deinen Kindern noch lebend aus dem deutschen Krieg herauskommen.

Spannungsfall

Das zeigt dir, Arbeiter, auch die Zusammenkunft der Kapitalisten, die den Spannungsfall, also die Mobilmachung zum dritten Feldzug nach Moskau bald als gegeben ansehen:

„Vor zwei Wochen habe ich analysiert, warum Deutschland und die EU in großem Stil aufrüsten – und wie Kriegswirtschaft zur Antwort auf das Ende des Wachstums werden könnte. Was damals noch Strukturanalyse war, hat nun eine konkrete Dimension bekommen: Mir liegt eine Information aus dem Inneren der deutschen Industrie vor, die belegt, dass dieser Übergang nicht nur geplant, sondern bereits terminiert ist.“

Im Frühjahr 2025 fand in Frankfurt am Main ein streng vertrauliches Treffen des Volkswagen-Konzerns mit seinen Top-Händlern statt. Die Sicherheitsvorkehrungen waren drastisch: absolutes Handyverbot, keine Mitschriften erlaubt, Kontrollen am Eingang. Die zentrale Botschaft an die Teilnehmer war unmissverständlich: „2025 wird wirtschaftlich ein schweres Jahr. Aber halten Sie durch – ab 2026 wird Deutschland auf Kriegswirtschaft umgestellt. Der Staat plant, den Spannungs-fall auszurufen.“

Diese Information stammt von einer für mich höchst verlässlichen Quelle – einem ehemaligen investigativen Journalisten, der nur dann spricht, wenn etwas mit „Hand und Fuß“ hat. Und sie ist kein Einzelfall. Mir liegen inzwischen drei voneinander unabhängige Hinweise aus verschiedenen Industriezweigen vor, die alle denselben Zeithorizont 2026 nennen. Die Information der VW-Händler-tagung ist daher kein singulärer Ausreißer, sondern Teil eines konsistenten Musterbildes innerhalb der Industriekommunikation.“

Michael Hollister in Overton, 2.11.25

Die Bundeswehr zieht längst in die Bürgerkriegsmanöver gegen die Arbeiter und das gegen deren kommenden Widerstand, wie das ZDF am 19.11. berichtete:

„Einwöchige Übung "Bollwerk Bärin": Bundeswehr in Berliner U-Bahn: Wachbataillon übt Ernstfall

Bundeswehrsoldaten in der Berliner U-Bahn: Männer und Frauen des Wachbataillons haben im Rahmen der Übung "Bollwerk Bärin" für den Spannungs- und Verteidigungsfall trainiert.

Das Wachbataillon hat in Berlin den Ernstfall für den Schutz der Regierung geprobt. In der Nacht wurden in der U-Bahn-Station Jungfernheide urbaner Kampf und Evakuierungen trainiert.

Feuergefecht im Untergrund: Mit einer Kompaniegefechtsübung in einer Berliner U-Bahn-Station hat das Wachbataillon der Bundeswehr für den Schutz der Bundesregierung trainiert. Die Soldaten lieferten sich dabei dem Übungsszenario folgend einen längeren Kampf mit bewaffneten, irregulären Kräften und brachten Verletzte in Sicherheit.“

Das Wachbataillon besteht aus 1.000 Soldaten und wird den Schutz der jetzigen Regierung wohl weniger geübt haben als den der kommenden des Faschismus bzw. der Militärdiktatur.

Und im 1.000-seitigen Haushaltsplan des Finanzministers ist der Spannungsfall schon eingeplant.

Das bislang nicht vorhandene Kapitel 1409, das in diesem Haushaltsvermerk genannt wird, besteht im Wesentlichen aus leeren Seiten. Und der Bemerkung:

„Es soll eine vereinfachte Buchungssystematik im Falle der Feststellung des Zustimmungs-, Spannungs- oder Bündnisfalls gemäß Artikel 80a GG oder des Verteidigungsfalls gemäß Artikel 115a GG geschaffen werden.

Konkret bedeutet das: sobald das Parlament den Verteidigungs- oder Spannungsfall mit Zweidrittelmehrheit oder den Zustimmungsfall mit einfacher Mehrheit ausgerufen hat oder die Bundesregierung den Bündnisfall erklärt, kann das Wehressort wesentlich einfacher als sonst Gelder umschichten. Zugespitzt formuliert: Die Kosten für politische Bildung können gestrichen, für das Geld Munition gekauft werden (ich bitte um Nachsicht für diese grobe Vereinfachung).

augengeradeaus.net

Im Entwurf des Haushaltsgesetzes für 2026, der vom Kabinett Ende Juli beschlossen wurde, waren diese Vermerke noch nicht zu lesen. Der deutsche, krieglerische Imperialismus rast mit Hochgeschwindigkeit in den dritten Weltkrieg. Nur dadurch gedenkt er, den Maximalprofit sich noch sichern zu können.

MAD und Feldjäger erhalten mehr Befugnisse

Der MAD (Militärischer Abschirmdienst) soll im Ausland, insbesondere im Kampf gegen die Völker der ehemaligen Sowjetunion an der Ostfront und hier konkret in Litauen mehr Macht erhalten. Bislang durfte der MAD nur in der BRD und später auch in der annektierten DDR seine Spitzeltätigkeit durchführen, nun aber verlangt die Okkupation Litauens auch dort das Ausspionieren der Arbeiter und Werktätigen, wofür die MAD-Befugnisse in einem neuen Gesetz ausgeweitet werden. Dies kann er dann auch zusammen mit dem BND durch die Unterordnung der Litauischen Sicherheitsbehörden tun, also mit den Geheimdiensten, Polizei etc. Erstmals in der Geschichte des MAD. Eine komplette MAD-Stelle hat die Bundeswehr bereits nach Litauen verlegt. So sind diese alten

und heutigen Kriegsverbrecher nur wenige hundert Kilometer an die Grenze zu Russland vorgestoßen. Außerdem wurde der Handlungsspielraum beim Cyberkrieg erweitert. Sodass angebliche russische Drohnen, nun von Litauen, vom Osten aus abgefeuert, auch in weitere Staatsgebiete der EU zur Legitimierung aller deutschen Kriegsmaßnahmen die deutsche Kriegshetze anscheinend glaubwürdig voranbringen. Sender Gleiwitz lässt grüßen.

MAD-Präsident Jäger, der vor seinem kürzlichen Amtsantritt zwei Jahre lang Botschafter in der Ukraine war, behauptete, die Aktionen von „Rheinmetall entwaffnen“ hätten auch zur Ausweitung der Befugnisse des MAD geführt. Es ist zuerst der Krieg gegen die beherrschte Klasse und ihre Niederringung im eigenen Land, der den Krieg gegen andere Völker erst ermöglicht und dann wiederum auch ins eigene Land zurück wirkt.

Zudem beinhaltet der Gesetzentwurf auch die Ausweitung der Befugnisse der Militärpolizei der Feldjäger. Sie werden befugt „zum Überprüfen von Personen auch außerhalb von militärischen Bereichen“, also den Einsatz der Feldjäger gegen streikende Arbeiter, gegen Widerstände aus dem Volk, wie sie schon länger eingeübt werden im Krieg nach Innen.

Außerdem können Soldaten und Rekruten schneller einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden. Das derzeitige Verfahren hemme und verlangsamt den „dringend notwendigen Aufwuchs der Streitkräfte“, erläuterte Kriegsminister Pistorius.

gfp 30.1025

Atomkriegsmanöver der NATO mit dem deutschen Kriegsverbrecher

2.000 Soldaten aus 14 NATO-Staaten europäischer Länder übten im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ den Transport und den Einsatz moderner Atomwaffen der USA, die selbst bei dem Manöver nicht dabei waren. Die Bundeswehr flog mit ihren Atomwaffenträgern Tornado und Eurofighter. Bei dem Atomkriegsmanöver Steadfast Noon waren erstmals auch Finnland und Schweden zugegen.

Hauptstützpunkt war Volkel in den Niederlanden, dessen Armee der Bundeswehr längst unter- und eingeordnet ist, wie auch auf Skrydsrup in Dänemark sowie Lakenheath in England, wohin US-Atombomben gebracht wurden.

Der Umbau des US-Atomwaffenstützpunkts in Büchel wird nicht wie geplant 700 Millionen, sondern 2 Milliarden kosten und das Kriegsministerium wird 15 zusätzliche Atomwaffenträger F-35 Kampfflugzeuge beschaffen für weitere Milliarden. Arbeiter, wenn du wissen willst, was mit deinen Steuergeldern gemacht wird, kannst du ja mal einen Ausflug dorthin machen.

Der europäische Schutzschirm wird längst materiell vorbereitet und andere europäische Staaten dazu gebracht, einen „eigenständigen europäischen Schutzschirm unter der Führung“ zu verlangen.
gfp, 24.10.25

Der deutsche Imperialismus auf dem Vormarsch im Nordatlantik

Wie im 1. und 2. Weltkrieg ist auch heute der deutsche Imperialismus gezwungen, die Nordatlantik-Front aufzubauen gegen den US-Imperialismus und noch in der jetzigen Konkurrenz zu den US-Milliardären mit ihrem Sprachrohr Trump umso stärker. Ansonsten ist ihm der Krieg an der Hauptfront, der Ostfront, nur schwer möglich.

Außerdem hat längst der Kampf um die Rohstoffe in der Arktis begonnen, die durch die Naturzerstörung ihr Eis verliert und die Gewinnung der Rohstoffe nun Maximalprofite versprechen. Durch das Abschmelzen der Pole gewinnt der hohe Norden eine riesige militärische Bedeutung, da nun die Imperialisten mit ihren Kriegsschiffen durch früher mit einer riesigen Eisschicht bedeckte Passagen fahren können.

Island:

Island ist zwar NATO-Mitglied, besitzt aber keine eigene Armee und dieses kleine Volk tat bislang auch gut daran, was ihm im Kampf gegen ihre Regierungen immer nützlich war. Zur Erinnerung: Islands Volk stürzte zu Beginn der Weltwirtschaftskrise 2008 als erste ihre reaktionäre Regierung.

Im Oktober unterzeichnete der deutsche Kriegsminister Pistorius mit der isländischen Außenministerin eine Absichtserklärung zur „engeren Zusammenarbeit vor allem im Bereich maritime Logistik. Konkret geht es um Luft- und Seeraumüberwachung sowie den Schutz kritischer Infrastruktur und Cyberabwehr. Deutschland, so Pistorius, werde seine militärische Präsenz auf der Insel erhöhen. Dadurch wird die Bundeswehr einen strategisch wichtigen Anlaufpunkt für ihre Kampfschiffe, U-Boote und Versorgungsschiffe im hohen Norden haben. Pistorius verkündete, unter anderem Islands moderne Hafeninfrastruktur, die zuverlässigen lokalen Logistik- und Nachschuboptionen sowie die Airbase in Keflavik für Deutschlands neue P-8A Poseidon nutzen zu wollen. Die deutschen Seefernaufklärer sind für die U-Boot-Jagd konzipiert und können große Meeresgebiete überwachen. Diese Maßnahmen seien im gemeinsamen Interesse beider Länder, unterstrich der Minister. Die Sicherheitslage erfordere, dass Deutschland sein Engagement verstärke: „Russlands Schattenflotte bedroht unsere kritische maritime Infrastruktur jeden Tag.“

In Reykjavik führte Pistorius außerdem Gespräche mit dem isländischen Generalinspekteur Jónas G. Allansson und mit der isländischen Premierministerin Kristrún Frostadóttir. Den Treffen folgte

ein Besuch der isländischen Airbase Keflavik und dem dortigen NATO North Atlantic Treaty Organization-Gefechtsstand.“ gfp 23.10.25

Island wolle nun größere Summen zur Stärkung seiner Küstenwache und Cyberabwehr auflegen und sich damit an der Hochrüstung der NATO beteiligen – die das Volk bezahlt und sich den deutschen Kriegsverbrecher ins Haus holt.

Kanada:

Kanadische Truppen stellen die NATO-Führungsmacht in Lettland und seine Truppen arbeiten eng mit dem deutschen Okkupanten in Litauen zusammen, ohne allerdings im Gegensatz zum deutschen Militär dort Truppen auf Dauer zu stationieren, genauso wenig wie England in Estland.

Im Juli letzten Jahres schloss die BRD mit Kanada und Norwegen eine „Sicherheitspartnerschaft für den Nordatlantik“, der Dänemark in diesem Jahr beiträgt.

Erstmals nahm im August die deutsche Marine mit einem Kriegsschiff an Kanadas jährlich abgehaltenem Marinemanöver „Nanook-Tuugaalik“ teil. Mit Kanada und Norwegen bereitet der deutsche Kriegsminister nun weitere Schritte zum Krieg vor, darunter etwa gemeinsame Ausbildungs- und Übungsmaßnahmen der Marinen und Luftwaffen der drei Länder sowie die Intensivierung des Austauschs von Seeaufklärungsdaten.

Alles auch vor dem Hintergrund der massiv gewachsenen Widersprüche Kanadas zum US-Imperialismus und in diese Lücke stößt das deutsche Militär vor.

In Ottawa verhandelte Kriegsminister Pistorius über eine Rüstungsk Kooperation im U-Bootbau. Bislang werden die weltweit führenden nichtatomaren U-Boote von TKMS (ThyssenKrupp) mit Norwegen zusammen gebaut unter deutscher Führung. Kanada wollte moderne U-Boote in den USA bestellen, aber aufgrund der Annexionsdrohungen und hohen Zölle der USA ließen sie diese Option fallen und wollen neue U-Boote entweder bei TKMS oder der südkoreanischen Hanwha-Werft bestellen. Pistorius machte sich in Ottawa mit Hinweis auf die „Sicherheitspartnerschaft für den Nordatlantik“ zusammen mit Kanada und Norwegen für den Kauf der deutsch-norwegischen U-Boote stark.

Die deutsche militärische Diplomatie lotet weitere Bündnis bzw. Allianzen aus für ihren großen Krieg gegen Russland. gfp 23.10.25

Kriegsmanöver in Grönland:

Der US-Imperialismus legt längst seine Krallen auf Grönland zur Annektierung mit seinem Militär, Spionageorganisationen etc. und US-Agenten erstellen Listen, wer die Gegner und wer die Anhänger der USA sind. EU-Staaten wie Österreich oder Frankreich plädieren für die

Stationierung europäischer Truppen auf Grönland und für „gemeinsame Manöver“ von EU-Staaten. Mitte August schickte auch die Bundeswehr ein Kriegsschiff mit einem Einsatzgruppenversorger in den grönländischen Hafen Nuuk. Danach landete der Staatssekretär im Kriegsministerium, Niels Schmid, auf der größten Insel der Welt. Mitte September starteten die BRD, Dänemark, Schweden, Norwegen und Frankreich ein Kriegsmanöver auf und um Grönland mit 550 Soldaten mit Kriegsschiffen, Tankflugzeugen und Infanterieeinheiten mit Drohnen bewaffnet. Dänemarks Kriegsminister Poulsen erklärte die Notwendigkeit, die Anwesenheit militärischer Einheit in der Arktis deutlich zu stärken. Einerseits gegen die USA und andererseits sind diese Kriegsmanöver gegen Russland gerichtet. Ein weiterer Kriegsherd in der Arktis, der zum III. Weltkrieg beiträgt.

gfp 23.10.25

Litauen:

„Szenario: Krieg gegen Russland

Bundeswehr und NATO-Verbündete proben mit dem Manöver Quadriga die schnelle Verlegung nach Litauen für einen Krieg im Baltikum und Spezialkräfteoperationen an der Grenze zu Russland.

24. September 2025

BERLIN (Eigener Bericht) – Während Abfangjäger der deutschen Luftwaffe in diesen Tagen über der Ostsee aufsteigen, um russische Militärflugzeuge abzufangen, probt die Bundeswehr im Rahmen ihres Großmanövers Quadriga dort einen möglichen Krieg gegen Russland. Die Übung, die sich über mehrere Wochen erstreckt, bindet Soldaten aus mehreren NATO-Staaten ein; diese trainieren unter deutscher Führung in einer Reihe miteinander verknüpfter Einzelmanöver offiziell noch bis Ende September die Verlegung ins Baltikum und die Kriegsführung dort. Verantwortlich für Planung und Umsetzung des Manövers ist das Marinekommando in Rostock. Das Operative Führungskommando der Bundeswehr führt die Operationen der Soldaten aus 14 NATO-Staaten, von denen der Großteil deutsche Militärs sind. Teilübungen umfassen unter anderem den Aufmarsch der Truppen in Deutschland, die Verlegung von Kampfverbänden über die Ostsee mit Hilfe ziviler Fähren und die logistische und medizinische Versorgung der Truppe an der NATO-Ostflanke. Die Bundeswehr greift dabei auch auf Reservisten, zivile Infrastruktur, sogenannte Blaulichtorganisationen – etwa Polizei und Feuerwehr – sowie eine Vielzahl an zivilen Akteuren zurück.

„Was auf uns zukommen kann“

Das Großmanöver Quadriga umfasst nach Angaben der Bundeswehr „mehrere groß angelegte Verlege- und Gefechtsübungen“, bei denen bereits seit August 8.000 deutsche Soldaten mit rund 400 Militärs aus verbündeten Staaten „Einsatzbereitschaft, Mobilität und Durchhaltefähigkeit der deutschen und verbündeten Streitkräfte unter

realistischen Bedingungen ... erproben und sichtbar ... machen“.[1] Die Bundeswehr trainiert bei dem Manöver militärische Aktivitäten im Baltikum „unter den Bedingungen von Krise und Krieg“.[2] Quadriga sei „nicht nur irgendeine Übung“, erläutert Brigadegeneral David Markus: „Es ist im Prinzip das Szenario, auf das wir uns vorbereiten. Und das schärft bei meinen Männern und Frauen die Wahrnehmung, was auf uns zukommen kann“.[3] Laut Bundeswehr ist das „Kernziel“ des Manövers, „die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu erhöhen“.[4] Dazu entwickeln die Soldaten während der Übung eine Bandbreite von militärischen Fähigkeiten: Sie machen sich weiter vertraut mit den Marschrouten Richtung Osten über Land, See oder Luft; sie trainieren die Absicherung des Aufmarsches durch die Heimatschutzkräfte, zudem Überschall- und Tiefflüge mit dem Eurofighter, das Aufbauen medizinischer Rettungsketten von den Kriegsschiffen über Häfen bis ins zivile Gesundheitssystem, die Drohnenabwehr, die Versorgung der Großverbände im Einsatz mit Treibstoff, den Einsatz von Spezialkräften – im Rahmen von Quadriga in Finnland – oder das Erkunden eines möglichen Einsatzgebiets – Lettland. Um „so realitätsnah wie möglich“ zu trainieren, werden Teile von Quadriga als sogenannte „freilaufende Übung“ abgehalten, also außerhalb der militärischen Truppenübungsplätze mitten im zivilen Leben.[5]

Pulverdampf über der Ostsee

Kern von Quadriga ist der Bundeswehr zufolge „eine großangelegte Verlegung von Streitkräften“ nach Litauen. Zwei Tage brauchten die Heeresverbände der Bundeswehr, um per „Landmarsch“ über Polen nach Litauen zu verlegen.[6] Einen Teil ihrer Fahrzeuge hatten sie zuvor der Marine übergeben, die sie mit Hilfe von zivilen Fähren über die Ostsee nach Litauen verschiffte. Ziel sei es, die „militärischen Fähigkeiten der Marinen in der Ostsee zu stärken“, heißt es. Neben dem „strategische[n] Seetransport von Landstreitkräften nach Litauen“ trainiert die Bundeswehr nach eigenen Angaben erstmals auch das Eskortieren ziviler Handelsschiffe. Multinationale Marine-einheiten sammelten sich dabei laut der Bundeswehr zunächst in Kiel, um dann unter deutschem Kommando gemeinsam auf die Ostsee auszulaufen – ausgerechnet am 1. September, dem Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen 1939.[7] Man höre, so heißt es in Berichten der Bundeswehr, „das Hämmern der MGs der vorausfahrenden Schiffe, sieht Gischt aufspritzen und riecht den Pulverdampf“. Das Verlegemanöver steigere sich „bis hin zur Bekämpfung von gegnerischen Kriegsschiffen. Wir sind einsatz- und kampfbereit, das heißt, wir sind voll ausgebildet, wir sind voll bewaffnet und aufmunitioniert“, so schildert es Fregattenkapitän Max Berger. Die „Waffen der Kriegsschiffe könnten optimal auf die Angreifer wirken und diese vernichten“, schreibt die Bundeswehr.[8] Wir haben gezeigt, dass wir innerhalb weniger Tage erhebliche Kräfte nach Litauen und an die

Ostflanke verlegen können“, resümiert Bundeswehr-Brigadegeneral Marco Eggert.

Einsatzgebiet: das gesamte Baltikum

Hohe Bedeutung schreibt die Bundeswehr der Fähigkeit zu, „dass sich die Truppe in der neuen und teilweise unbekannten Umgebung schnell zurechtfindet“. Deshalb übten die deutschen Soldaten im Rahmen von Quadriga „immer und immer wieder ... einsatznah ihre Fähigkeiten unter Nutzung ziviler litauischer Infrastrukturen“[9]. In Litauen errichtete die deutsche Armee dabei dieses Jahr zum ersten Mal ein „logistisches Netzwerk im Einsatzland“, um das Heer dort mit Nachschub versorgen zu können.[10] Damit zeige die Bundeswehr, dass sie „entschlossen“ sei, „über lange Zeit“ an der NATO-Ostflanke im Einsatz zu sein, heißt es in der Truppe: Die Unterstützungskräfte machten die „Kampftruppen durchhaltefähig“.[11] Die Logistikverbände der Bundeswehr hätten sich dabei „in erster Linie auf zivile Infrastruktur“ gestützt, heißt es; diese habe man „bereits im vergangenen Jahr erkundet und entsprechende Absprachen mit litauischen Unternehmen und Kommunen getroffen“. Teil von Quadriga sind zudem Aktivitäten eines „Erkundungskommandos“ mit dem Auftrag, „alternative Einsatzräume zu erkunden, die genutzt werden könnten, wenn der Verlauf eines heißen Konflikts dies fordert“. Bei diesen „Erkundungen“ werde auch Lettland „angesteuert“, „denn für die Bundeswehrlogistik ist das gesamte Baltikum mögliches Einsatzgebiet“. [12]

Spezialoperationen

In Finnland beteiligten sich deutsche Soldaten im Rahmen von Quadriga an der laut Bundeswehr „bisher größte[n] Spezialkräfteübung auf finnischem Boden“. Finnland sei „NATO-Frontstaat“, hielt ein an dem Manöver beteiligter Soldat des Kommando Spezialkräfte (KSK) fest. Das Szenario der Übung beschreibt die Bundeswehr wie folgt: Nachrichtendienstliche – und damit für die Öffentlichkeit schwer zu überprüfende – Informationen weisen auf „einen unmittelbar bevorstehenden Angriff feindlicher Kräfte im Baltikum hin“. Daraufhin verlegen die NATO-Staaten „umgehend Spezialkräfte an die Nordflanke“. Im Einsatzland angekommen, werden die Spezialkräfte – über deren Auslands-aktivitäten die Bundesregierung die Öffentlichkeit nicht informieren muss – aktiv: „Sie sammeln Informationen über mögliche Zielobjekte, platzieren Drohnen, sabotieren feindliche Infrastruktur wie Flughäfen oder Bahnhöfe, schalten Flugabwehrsysteme aus und schwächen so die Kampfkraft des Gegners vor dessen weiterer Offensive gegen die Allianz.“ In Deutschland beginnen daraufhin die „Verstärkungskräfte“ mit der „Verlegung von Personal und Material“. „Sofort handlungsfähig bei Kriegsausbruch“, so formuliert die Bundeswehr ihren Anspruch an sich selbst.[13]

Unter deutschem Kommando

Quadrige 2025 ist nach Quadrige 2024 [14] und Air Defender 2023 [15] die dritte jährliche Großübung in Folge, mit der Deutschland seine Führungsambitionen in der NATO untermauert. Die multinationalen Großmanöver sind zwar NATO-Übungen, werden aber von der Bundesrepublik geplant und vor allem geführt. „Quadrige ist eine zentrale Übungsserie der Bundeswehr und Ausdruck unserer Wehrhaftigkeit“, urteilt Vizeadmiral Jan Christian Kaack, Inspekteur der Deutschen Marine und diesjähriger verantwortlicher Manöverleiter.[16] Mit Quadrige trainieren NATO-Truppen die „kurzfristige Verlegung großer [multinationaler] Truppenverbände über die ‘Dreh Scheibe Deutschland‘ ... bis hin zum gemeinsamen Kampf im Gefecht verbundener Waffen“ – und zwar „unter deutscher Leitung“. Teil von Quadrige 2025 war nicht umsonst ein prominent besuchter Medientag, mit dem Berlin hoffte, die „umfangreiche Rolle Deutschlands als Dreh Scheibe und Transitland im Herzen Europas“ „greifbar darzustellen“ und zugleich seinen militärischen Führungswillen in NATO und EU zu unterstreichen.[17] Quadrige sei ein „deutliches Zeichen“ von „militärischer Leistungsfähigkeit“, hieß es [18] – ein Zeichen, das Berlin nicht nur nach Moskau sendet, sondern auch an seine Verbündeten in NATO und EU.“

german foreign policy

Eines Tages befehlen uns unsre Obern, den Weltraum für sie zu erobern

Was Ernst Busch einst sang und damals als bewusste und undenkbare Übertreibung erschien, ist mittlerweile bittere Realität.

Der deutsche Staat finanziert mit 35 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030 ein Weltraum-Kriegsprogramm. Gebaut und angeschafft werden Satelliten, Radare, Teleskope, Raketen, Marsch-flugkörper und weiteres militärische Gerät. Millionen von Arbeitsstunden stecken darin für den Krieg gegen die mächtigen Konkurrenten und Kriegsgegner, insbesondere die USA und China.

Zur Materialisierung der 35 Milliarden unterzeichneten die Weltraumkonzerne Airbus, Thales und Leonardo eine vorläufige Vereinbarung zur Zusammenlegung ihrer Weltraumgeschäfte in einem großen Weltraumkonzern für den Satellitenbau, Raumfahrtssystemen und -dienstleistungen. Seinen Sitz soll der Konzern in Toulouse haben, 25.000 Arbeiter ausbeuten mit einem Jahresumsatz von 6,5 Milliarden Euro. Airbus wird 35% halten, die beiden anderen jeweils 32,5%.

Ob dieser Konzern jemals das Licht der Welt erblickt, steht noch in den Sternen. Das Interesse des deutschen Imperialismus daran aber ist groß, weil er zur Stunde überhaupt nicht in der Lage ist zur eigenständigen Entwicklung und zum Bau der erforderlichen Technik und Technologie.

gfp 31.1025

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
November 2025*

**ZUR WEHRPFLICHT UND DER PLANUNG
EINES KRIEGSGESETZ NACH INNEN UND
AUSSEN:
MIT EINEM „SICHERSTELLUNGSGESETZ IM
SPANNUNGSFALL“**

Noch liegt uns der Entwurf über den neuerlichen ‚Kompromiss‘ der Regierung zur Wehrpflicht nicht vor. Klar ist aber:

1. Ab Anfang Januar erhalten alle 18-jährigen Männer und Frauen einen Fragebogen. Mit diesem Fragebogen werden ihre Motivation und Eignung für den Dienst in den Streitkräften ermittelt. Für Männer ist die Beantwortung des Fragebogens verpflichtend, für Frauen freiwillig.
1. Die Musterung wird zur Pflicht für alle Männer, die ab dem 1. Januar 2008 geboren wurden, und soll ab dem 1. Juli 2027 beginnen.
2. Im ersten Jahr sollen zunächst rund 20.000 Freiwillige aus einem Jahrgang gewonnen werden. Bei vollen Musterungskapazitäten soll dann ein kompletter Jahrgang mit etwa 300.000 Männern vollständig gemustert werden, um einen Überblick über die Wehrfähigkeit zu gewinnen. Auf Basis der Fragebögen und der Musterungsergebnisse kann die Bundeswehr im Verteidigungsfall auf einen Pool potenzieller Rekrutinnen und Rekruten zurückgreifen.
3. Die Musterung wird in den Karrierecentern und den neu aufzubauenden Musterungszentren der Bundeswehr stattfinden
4. Bis 2035 sollen die Streitkräfte über 260.000 Zeit- und Berufssoldaten sowie 200.000 Reservisten verfügen. Über die ‚freiwilligen‘ Meldungen soll halbjährlich dem Bundestag berichtet werden. Melden sich nicht genügend freiwillig, soll eine ‚Bedarfswehrpflicht‘ kommen, die erneut ein Gesetz im Bundestag benötigt: *„Wenn es die verteidigungspolitische Lage oder die Personallage der Streitkräfte erforderlich macht, entscheidet der Bundestag per Gesetz über die Einsetzung einer „Bedarfswehrpflicht“. Diese soll dann die Lücken zwischen dem Bedarf der Streitkräfte und der tatsächlichen Zahl der zur Verfügung stehenden schließen.“*
5. Die Wehrpflicht wird nicht mehr über Rechtsverordnung eingeführt werden können.

Abgestimmt werden soll am 05. Dezember.

Klar ist aber auch:

Die Wehrpflicht käme sowieso mit Feststellung des Spannungsfalls gem. Art. 80a GG. Anders als für den Verteidigungsfall (Art. 115a GG)

normiert das Grundgesetz in Art. 80a Abs. 1 keine Tatbestandsvoraussetzungen für die Feststellung des Spannungsfalles durch den Bundestag (bedarf Zwei-Drittel-Mehrheit der abgegebenen Stimmen (Art. 80a Abs. 1 S. 2 GG, Art. 115a Abs. 1 GG)). Die Feststellung des Spannungsfalles ergeht aber lediglich in Form eines schlichten Parlaments-beschlusses.¹⁷

Und schon wird nach dem **Spannungsfall** gerufen: Die Drohnen seien die Begründung, so Kiesewetter. Drohnen? Nun gut. Was Spannungsfall ist, weiß halt niemand so genau. Die Kriegstreiber aber wissen: Er ist da. Und krakeelen längst danach, dass dieser auch ausgerufen wird.

Mit allen Konsequenzen: Wehrpflicht, eben Mobilmachung:

Auch würden die Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Inland signifikant ausgeweitet; Militärs dürften dann etwa zum Schutz ziviler Objekte abgestellt werden oder den Verkehr regeln. Vor allem aber träten die sogenannten Sicherstellungsgesetze in Kraft, die für Arbeitskräfte und die Wirtschaft gelten. So könnten zivile Arbeitskräfte verpflichtend für militärische Aufgaben herangezogen werden; medizinisches Personal etwa – von Ärzten bis zu Krankenpflegern – könnte in Militärlazarette abgeordnet, Kraftfahrer könnten zum Treibstofftransport für die Bundeswehr, Privatpersonen zur Einquartierung von Soldaten verpflichtet werden. Zudem dürften die Behörden Unternehmen zwingen, von der Bundeswehr benötigte Güter aller Art zu produzieren.

Auf dem Weg in den Krieg

Erstmals in die Diskussion gebracht hat die Ausrufung des Spannungsfalles der Außen- und Militärpolitiker Roderich Kiesewetter (CDU) im Dezember vergangenen Jahres.[9] Explizit gefordert hat er sie Ende September, als er, ungeklärte Drohnenflüge auch über deutschen Flughäfen aus-nutzend, erklärte, es sei „am sinnvollsten, wenn der Spannungsfall ausgelöst“ würde. Kiesewetter hat seine Position an diesem Mittwoch in der öffentlich-rechtlichen ARD erneut begründet. Bereits im September hatte er erläutert, Vorteile der Ausrufung des Spannungsfalles lägen nicht bloß darin, dass „wesentliche Infrastrukturen durch die Bundeswehr geschützt“, sondern auch darin, dass „Zuständigkeitsketten gestrafft“ und nicht näher erläuterte „Optionen effizient genutzt“ werden könnten. Seitdem schwillt die Debatte über den Spannungsfall in den deutschen Leitmedien an. Ganz unabhängig davon, ob die Ausrufung des Spannungsfalles befürwortet wird oder nicht, führt sie zu einer weiteren Normalisierung des Gedankens, dass sich Deutschland auf dem unmittelbaren Weg in einen Krieg befindet und dass sich die Bevölkerung auf eine empfindliche Einschränkung ihrer Rechte

¹⁷ Deswegen ist es auch umstritten, ob solche Beschlüsse im Normenkontrollverfahren gerügt werden können. Einen Versuch ist es unbedingt wert.

einzustellen hat – bis hin zur unmittelbaren Einbindung sogar von Zivilisten in Hilfsarbeiten für das Militär.

Umgekehrte Triage

Letzteres wird längst praktisch vorbereitet. So schreiten die Planungen für die Nutzung ziviler Krankenhäuser im Kriegsfall voran. Hintergrund ist, dass Militärstrategen fest davon ausgehen, dass die Kapazitäten der Bundeswehrkrankenhäuser auch nicht im Entferntesten genügen, um die hohe Zahl an Verletzten – oft genannt wird eine Zahl von rund tausend pro Tag – zu versorgen. In Berlin hat die Senatsverwaltung in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr, der Berliner Krankenhausgesellschaft sowie zwölf Kliniken ein Arbeitspapier erstellt, das das Vorgehen des Krankenhaus-personals im Kriegsfall skizziert. Dazu zählen, wie es in einer Stellungnahme des vereins demokratischer ärzt*innen (vdää) heißt, eine sogenannte „umgekehrte Triage“, bei der „geringfügig verletztes militärisches Personal Vorrang“ sogar vor schwerverletzten Zivilisten bekäme, um die Soldaten „schnellstmöglich wieder einsatzfähig zu machen“; sodann „eine offene Diskussion“ über das „Sterbenlassen“ sogenannter hoffnungsloser Patienten; eine klare Umstellung von „Individualmedizin auf Katastrophenmedizin“ und nicht zuletzt „die Abgabe weitreichender Befugnisse in Krankenhäusern an Behörden und Militär“.

Investitionsbedarfe

Zur Vorbereitung auf den Kriegsfall liegt mittlerweile auch eine Studie der Deutschen Krankenhausgesellschaft vor, die „Investitionsbedarfe“ zur Schaffung kriegsfester „Resilienz deutscher Krankenhäuser“ skizziert. Die Autoren der Studie halten es unter anderem für erforderlich, Notstrom-aggregate und umfangreiche Trinkwasserreserven bereitzuhalten sowie Dekontaminationsanlagen zu beschaffen; die Funk- und Satellitenkommunikation für etwaige Notfälle auszubauen; nicht nur zusätzliche oberirdische Infrastruktur zu errichten – für den Fall, dass Krankenhäuser angegriffen werden – und Maßnahmen zum Objektschutz zu intensivieren, sondern auch „Ausweichbehandlungs-räume“ unter der Erde zu bauen; die Rede ist von „Tiefgaragen“ und „Kellern“. „Die notwendigen Mittel zur Finanzierung“, heißt es, sollten dem sogenannten Sondervermögen der Bundesregierung zur Hochrüstung entnommen werden; sie werden auf knapp 15 Milliarden Euro beziffert. Wie der vdää festhält, werden die kostspieligen Planungen ungeachtet der Tatsache vorgenommen, dass die Kosten für zivile Krankenhäuser in der Bundesrepublik seit Jahren als „zu teuer“ bezeichnet werden – und dass „im Rahmen der aktuellen Krankenhausreform“ drastische Kürzungen gefordert werden.[15] Geld für den Krieg ist da, für das zivile Gesundheitswesen hingegen nicht.¹⁸

18 Siehe auch german-foreign-policy, <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/10198>

Praktisch vorbereitet wird all dies längst – Neues Luftsicherheitsgesetz

Aus Sicht des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses im Bundestag, Thomas Röwekamp, ist die Trennung zwischen innerer und äußerer Sicherheit eh nicht mehr zeitgemäß. "Weil es diese Trennung von innerer und äußerer Bedrohung auch nicht mehr gibt", sagte der CDU-Politiker dem Deutschlandfunk. Dafür sei eine Grundgesetzänderung vonnöten. Also noch weitergehend.

Derweil wurde ein neues **Luftsicherheitsgesetz** beschlossen, zur Begründung heißt es:

„Seit Beginn des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine ist ein deutlicher Anstieg der Meldungen über Sichtungen von illegalen unbemannten Luftfahrzeugen (Drohnen)  ber kritischen Infrastrukturen in Deutschland zu verzeichnen.“

Und natürlich wird auch darauf Bezug genommen, dass Widerstand strafbar sein muss (und dabei geht’s ganz sicher nicht nur um Klimaaktivisten):

„Seit Sommer des Jahres 2023 ist es wiederholt zu Protestaktionen von Klimaaktivisten an mehreren deutschen Flughäfen gekommen. Das unberechtigte Eindringen in die Luftseite eines Flughafens kann zu einer abstrakten Gefährdung von Menschen führen. Dieses Verhalten ist nach aktueller Rechtslage im Luftsicherheitsgesetz lediglich bußgeldbewehrt. Dies erscheint vor dem Hintergrund des Gewichts der betroffenen Schutzgüter nicht aus reichend.“

Und damit wird – neu – nun der Einsatz der Bundeswehr möglich:

„§ 15a: Die Streitkräfte leisten bei der Abwehr von Gefahren durch unbemannte Luftfahrzeuge Amtshilfe nach Artikel 35 Absatz 1 des Grundgesetzes. Dies erfolgt insbesondere in Form der Bereitstellung von Detektionstechnik und Interventionstechnik. (2) Zur Verhinderung des Eintritts eines besonders schweren Unglücksfalles dürfen die Streitkräfte über die in § 14 Absatz 1 genannten Befugnisse hinaus auch Waffengewalt oder sonstige Wirkmittel gegen unbemannte Luftfahrzeuge einsetzen. § 14 Absatz 2 gilt entsprechend. ...“

Innere und äußere Sicherheit sind in diesen Zeiten des Kriegs eben eines. Und so wird peu a peu der allerletzte Rest an Friedensordnung aufgehoben.

W renddessen übt die Bundeswehr den Einsatz in U-Bahnen, wie jüngst in Berlin:

Mittwochnacht in der Berliner U-Bahn-Station Jungfernheide: Schüsse und Hilferufe sind zu hören. Gewehrsc tzen liegen auf dem Boden, Soldaten stürmen einen Waggon. Das alles ist eine Übung.  ber 1.000 Soldatinnen und Soldaten proben hier und an anderen Orten eine Woche lang den Ernstfall.

Das Szenario: Saboteure legen einen Zug lahm. Soldaten sollen die Bundesregierung schützen. Sie liefern sich ein Gefecht mit den Saboteuren und bringen Verletzte in Sicherheit. Das alles ist zwar gestellt, aber vielleicht könnte es irgendwann Realität werden. Die NATO rechnet damit, dass es schon Ende 2029 einen russischen Angriff auf NATO-Länder geben könnte.

NRW als Drehkreuz bei möglichem Krieg im Osten der NATO

Bundeswehrsoldaten bereiten sich auf mögliche Sabotageakte vor

Bei einem russischen Angriff auf ein osteuropäisches NATO-Mitglied wären wir zwar hunderte Kilometer von der Front entfernt. Doch so ein Szenario wie in der Berliner U-Bahn findet der Kommandeur der übenden Einheiten "sehr realistisch". Gegenüber dem WDR warnt Militär-experte Thomas Wiegold vor solchen Sabotageakten, aber auch vor Desinformation und verdeckten Angriffen auf kritische Infrastruktur: "Also nicht der große allumfassende Krieg, aber an vielen Stellen, viele kleine Feuer."

Da kann die Bundesregierung in Berlin im Kriegsfall ein Angriffsziel sein. Doch auch in NRW gibt es Ziele. Das liegt an der bei uns ansässigen Industrie, erklärt Wiegold. In NRW werden auch Waffen und Munition produziert. Das gelte es im Konfliktfall zu schützen.

Falls sich die NATO tatsächlich in Osteuropa verteidigen muss, dann soll NRW auch zu einem Militär-Drehkreuz werden. Vorräte, Truppen, Treibstoff, all das könnte über NRW Richtung Osteuropa gebracht werden. Dabei geht es vor allem um eins: Die passende Logistik.

Bundeswehr übt Logistik auch bei uns

Diese Logistik wird immer wieder geübt. Es klingt nicht so spektakulär, wie ein Schusswechsel in der U-Bahn. Doch auch bei uns in NRW haben Bundeswehrübungen dieses Jahr einiges an Aufmerksamkeit bekommen: Im Juni sind über 500 Militärfahrzeuge zum [Niederrhein](#) gefahren. Die Bundeswehr hat mit Verbündeten aus Großbritannien, Italien und den Niederlanden mobile Brücken über den Rhein gebaut, damit Panzer sicher ans andere Ufer kommen.

Weiteres Ziel von Übungen: Gesehen werden

Nicht immer fährt die Bundeswehr so große Geschütze auf, um kriegstüchtig zu werden. Manchmal sind es auch kleinere Aktionen. Im Kreis Lippe zum Beispiel, da haben Soldaten im Sommer geübt eine brennende Lackiererei zu evakuieren. Es war ein Spektakel im 1100-Seelen-Ort Großenmarpe. "Wir wollen uns heute bei der Übung zeigen und nicht hinter dem Kasernenzaun versteckt bleiben", erklärte Hauptmann Martin Waltemarte damals. ...¹⁹

Die Mobilmachung ist im vollen Gang – in jedem Bereich.

19 WDR, 19.11.2025, <https://www1.wdr.de/nachrichten/grossuebung-der-bundeswehr-in-berlin-100.html>

Auf einer Veranstaltung in Berlin „Einsatzbereitschaft stärken, Aufwuchs beschleunigen, Sicherheit garantieren“ fand die Generalität in Person von Carsten Breuer offene Worte:

Der Krieg von morgen hat begonnen

Der Generalinspekteur der Bundeswehr hat bei einer Tagung der militärischen und zivilen Spitzen deutscher Sicherheitsbehörden dringlich dazu aufgefordert, Deutschland und die NATO umfassend auf einen kommenden Krieg mit Russland einzustellen. Die Auseinandersetzung mit Moskau und dessen Verbündeten sei längst im Gange, sagte General Carsten Breuer bei der Veranstaltung in Berlin. „Russland bleibt die Hauptbedrohung im europäischen Raum und hat zudem begonnen, aus eigenen Fehlern systematisch zu lernen.“

Breuer sprach über den „Krieg der Zukunft“, der nicht nur anders sei als frühere, sondern gleichzeitig in allen Dimensionen. Eindringlich verwies der oberste Soldat der Streitkräfte darauf, dass dieser Krieg bereits jetzt in Teilen geführt werde, „wir leben in der dämmerigen Übergangszeit“. Es gelte, rasch zu handeln. Aus dem Krieg Russlands gegen die Ukraine könne man vieles lernen, aber nicht alles: „Dieser Krieg ist unser Lehrmeister, aber nicht Vorbild für unsere Kriegsführung.“ Man müsse eigene Konzepte finden. Vor allem gelte, so Breuer: „Russland darf niemals annehmen, dass es einen Krieg mit der NATO gewinnen kann.“ Seit Jahren „knirscht es im sicherheitspolitischen Gebälk, jetzt ist die Frage, ob die Balken halten“.²⁰

Und Pistorius:

„Verteidigung in Deutschland ist mehr als nur eine Aufgabe der Bundeswehr allein. Sicherheit kann nur entstehen, wenn Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft zusammenarbeiten.“ Für die Armee gelte: „Ich kann nur kämpfen, wenn eine resiliente Gesellschaft hinter mir steht.“

Schnell muss es gehen. Erst recht, wenn die Gefahr besteht, dass die Ukraine ‚verloren‘ geht. Ein ‚Friedensplan‘, wie er derzeit vorbereitet wird, ist da gar nicht im Sinne der Herrschenden – würden sie doch de facto leer ausgehen. Nervös wird da die Generalität²¹ und sieht gleich Parallelen mit dem Münchner Diktat.

Sicherheitsexperte Masala warnt: „Im Grunde genommen wäre der Deal, wenn er zustande kommt, ein neues Münchener Abkommen, das den Appetit des Aggressors befeuert und die Voraussetzung für künftige Aggressionen schafft.“

Masala ist sicher: „Für die Ukraine ist dieser Plan so nicht akzeptierbar.“ Er hätte eine permanente Unsicherheit mit Blick auf zukünftige Angriffe Russlands zur Folge. Der Plan würde die europäische Sicherheitsarchitektur zugunsten Russlands verändern. „Auch Europa kann das so eigentlich nicht akzeptieren“, sagt Masala.²²

Umso dringlicher, da brauchen wir uns nichts vormachen, wird die Mobilmachung, wird für die Herrschenden eine stabile Regierung des Kriegs.

Über die weitere Zerschlagung des Völkerrechts und eine weitere Front des Kriegs

In Kriegszeiten gilt kein Völkerrecht mehr. In Kriegszeiten gilt die Gewalt. Wenn der US -Imperialismus derzeit mit seiner Operation Southern Spear ca. fünfzehntausend Soldaten, mehr als ein Dutzend Kriegsschiffe, ein Führungsschiff, Angriffs-U-Boote und zehn F-35-Kampffjets mobilisiert, dabei bereits einige Schiffe ‚versenken‘, Menschen in Fischer-Booten umbrachten, dann ist schon noch eines klarzustellen: Mit dem Völkerrecht ist das in nichts gedeckt.²³

Kein Stück der Erde bleibt ohne Krieg. Und noch auch ohne einen organisierten Widerstand der Völker Lateinamerikas, der dieser Front beikommt. Eine erneute Kriegsfront des US-Imperialismus, der Länder wie Venezuela bedroht und angreift, die schwerlich der noch gegebenen Militärmacht des US-Imperialismus was entgegenzusetzen haben, und jetzt schon mal darin erzwungene jüngste Gesetze der eigenen Militarisierung fassen und verabschieden. Die ihre Völker nicht schützen, sondern den Krieg gegen sie nur wahrscheinlicher in das Land tragen und eine weitere Kriegsfront des Imperialismus, federführend durch die USA geschaffen ist und weiter wird. Und die Welt bald keinen Kontinent ohne Krieg mehr kennt.

Und damit aber auch umso deutlicher und nochmal klarer wird, wie sehr es des Aufbaus der internationalen Anti-Kriegs-Front bedarf, die in jedem Land, und also auch hier heißt: Krieg dem Krieg.

²² Vgl. MoPo, 21.11.2025

²³ Dem stimmen auch bürgerliche Juristen bei: *Man muss also nüchtern feststellen, dass vorliegend kein bewaffneter Angriff gegen, sondern allenfalls - umgekehrt - durch die USA stattfindet, und zwar auf Staatsangehörige Venezuelas und möglicherweise anderer Staaten, was zumindest die diplomatische Schutzpflicht dieser Staaten gegenüber ihren Staatsangehörigen auslöst. Ferner lassen sich die Äußerungen Präsident Trumps gegenüber Venezuela in Verbindung mit der militärischen Machtdemonstration vor dessen Küste als verbotene Androhung von Gewalt im Sinne von Art. 2 Abs. 4 der UN-Charta ansehen.* (Kai Ambos, FAZ, 17.11.2025)

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
November 2025*

WELCHER TAKTIK BEDARF ES GEGEN DIE MASSENENTLASSUNGEN ALS EINE DER URSACHEN DES DEUTSCHEN KRIEGES?

Die Zahl der Betriebsschließungen und -auslagerungen und die damit verbundene Vernichtung von Arbeitsplätzen – allein in der Industrie jeden Monat über 10.000 – hat längst eine halsbrecherische Fahrt aufgenommen, in der es für den deutschen Imperialismus kein Halten mehr geben kann. Produktivkräfte in ungeheurem Ausmaß werden vernichtet. Am deutlichsten trifft es die Mittelbetriebe, die Zulieferindustrie, die bei weitem nicht die Mittel haben für Abfindungs- oder Frühverrentungs-Programme usw. und die auch nicht auf Staatsgelder hoffen können wie die Monopole.

Mit dem Begriff Konjunkturkrise ist das Ganze absolut nicht mehr zu erklären, da kann die Arbeiteraristokratie in den Betriebsräten und in den Gewerkschaftshäusern noch so sehr den Arbeitern vorlügen, dass alles irgendwann wieder besser wird, wenn wir nur unsere Existenz und unser Leben auf dem Altar des Kapitalismus opfern. Es ist die allgemeine Krise des deutschen Imperialismus und die Verursacher sind die Monopole. Vorbei ist die Zeit als „Exportweltmeister“. Weit abgeschlagen hinter China und den USA ist angesichts der fortschreitenden Entindustrialisierung²⁴ ein schneller und tiefer Fall unvermeidlich. Hätten wir es hier mit einer „normalen“ Wirtschaftskrise zu tun, hätte es in den letzten 15 Jahren nach der Vernichtung von Produktivkräften längst einen Neuaufbau geben müssen. Das Gegenteil ist der Fall. Die Abteilung I ist in höchster Gefahr und damit – im Gegensatz etwa zu China oder den USA – ist auch die Abteilung II²⁵, allen voran die Autoindustrie unweigerlich dem Untergang geweiht. Da helfen auch keine weiteren Milliarden aus den Staatskassen und keinerlei Maßnahme der Regierung kann das aufheben. Außer der Raubkrieg könnte es darin noch zeitweilig dem deutschen Monopolkapitalisten die Ausbeutung, wie der darin gegebene Maximal-Profit ihre Fabriken in der Kriegsproduktion zum Laufen bringen.

24Maschinenbau: Produktionseinbruch 2024 7%, für 2025 wird mit weiteren 5% gerechnet. Kfz: Allein in den ersten 8 Monaten dieses Jahre weiter minus 5% Produktion, sowie fast 50.000 weniger Beschäftigte. Bürgerliche Ökonomen stellen das Überleben von VW, Mercedes und BMW überhaupt in Frage. Chemie: Die Anlagen sind nur noch zu 71% ausgelastet, das sind 11% unterhalb der „Rentabilitätsgrenze“ (Quelle Handelsblatt)

25Für unsere jüngeren Genossen: Abteilung I ist die Produktion von Produktionsmittel, Abteilung II die Produktion von Konsumtionsmitteln

Die Abteilungen I und II sind ausschlaggebend für den Mehrwert, für die Geldvermehrung. Wenn z.B. das VW-Kapital jammert, dass die Gewinnmarge nur noch 2% beträgt, dann wirft es kurzerhand 35.000 Arbeiter auf die Straße. Das ist etwa ein Viertel der Belegschaft und rechnerisch ein Viertel der alleinigen Quelle des Mehrwerts. Das sind 35.000 weniger Käufer. Er kann nicht anders – der Kapitalismus entzieht sich den Boden und hebt sich schließlich selbst auf. Aber dies wird er nur in einer Katastrophe der Welt-Zerstörung in der Maxime eines Hitler vollziehen.

Die Geldvermehrung findet heute zunehmend nicht mehr in der niedergehenden Produktion statt. Kapital, das nicht mehr in der Produktion angelegt wird, sucht sich neue Quellen zu seiner Vermehrung und sei es nur ein Haufen Geld – Kapital. Das sind dann zum Beispiel Spekulations-geschäfte mit Immobilien und Landaufkäufen oder mit sogenannten Start-ups²⁶, rein imaginäre Geschäfte ohne realen Wert.

Was ist neu daran? Neu ist nicht, dass sich das akkumulierte Kapital gezwungenermaßen immer neue Anlagemöglichkeiten sucht. Lenin hat beschrieben, wieso die Banken vom reinen Zahlungsvermittler zum Kapitalhändler und schließlich Mitbesitzer der Konzerne geworden sind, eine Verflechtung zwischen Bank- und Industriekapital stattgefunden hat und eine alles beherrschende Finanz-oligarchie entstanden ist. Und wenn das System dann nicht mehr zu funktionieren drohte, blieb ihnen nur die „Lösung“ Raub und Krieg.

Heute sieht die Sache anders aus – und Lenin konnte diese Entwicklung nicht analysieren, weil sie erst jetzt, in den allerletzten Tagen des Imperialismus, mit aller Macht in Erscheinung tritt. Der Begriff „Weltwirtschaftskrise“ ist ein Begriff, der in heutiger Zeit unzureichend ist. Wir haben es mit einer nicht mehr endenden Krise des Kapitalismus zu tun. Heute kann weder Vernichtung noch Krieg die Krise mehr „bereinigen“. Es gibt keinen Käufer mehr, wenn sich rund ein Drittel der Weltbevölkerung nicht gesund ernähren kann.²⁷ Revolution oder Hunger, Sozialismus oder Barbarei – so steht die Sache.

Bislang hat die Abteilung II – hierzulande mit der Autoindustrie – den schnellen Geldumschlag garantiert. Wenn die Abteilung I wegbricht und wenn der Käufer fehlt, kann das System nicht mehr funktionieren.

In China und auch in den USA blüht das Geschäft mit der sogenannten Künstlichen Intelligenz. Großrechner werden gebaut, von

²⁶Wenn IT-Giganten mit Billionen-Werten und Start-ups mit Milliarden gehandelt werden, so steht dahinter kein materieller Wert. Davon kann sich der Mensch nicht ernähren. Eine Geldvermehrung in einer Blase, windige Wettgeschäfte wie im Spielkasino, bis die Blase mit einem Riesenknaall platzt.

²⁷3,1 Mrd. Menschen können sich lt. einer Studie nicht gesund ernähren, weil ihnen das Geld dazu fehlt. Das sind mehr als ein Drittel der 8,1 Mrd. Menschen, die auf der Erde leben (Studie Miserior).

denen jeder einzelne so viel Energie frisst wie eine mittlere Stadt. Aber auch diesen Bereich und auch seine Endprodukte müssen wir zu Abteilung II zählen. Sie sind als Ware imaginär, der Mensch kann sich nicht davon ernähren, er kann sich darin nicht einmal sein Wissen auf Tatsachen beruhend aneignen, in der dem Volk gegebenen Information auf der Grundlage der Arithmetik- im Millionenfachen Massengebrauch. Für die Arbeiterklasse ist der Nutzen geringer als der Schaden; der darin gegebene Nutzen der Verringerung der Ausbeuterzeit der Arbeit sich darin zu reduzieren wird dann eben zum Fluch, wenn dem Arbeiter im Lohnsystem seine Arbeitskraft unverkäuflich wird und in der Erwerbslosigkeit der Arbeiter zum Pauper degradiert wird. Die allgemeine Krise des Kapitalismus kann dadurch nicht aufgehoben werden. Wäre es anders, wäre der Hunger auf der Welt nicht zu erklären. Und auch nicht das Elend in der Erwerbslosigkeit, wie darin z. B. die zunehmende Wohnungslosigkeit und Verwahrlosung seiner Kinder und Nachkommen usw. Es liegt nicht nur am Krieg, es wird immer weniger produziert. Der Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital ist es, der den Kapitalismus selbst an den Rand der Aufhebung bringt: Kein Mehrwert, kein Käufer.

Die Entwicklung der Produktivkräfte heute setzt die Handarbeit mehr und mehr frei. Die Bourgeoisie ist nicht mehr in der Lage, mit der alten Produktionsweise weiterzumachen. Freie Zeit bedeutet Entwicklung und Fortschritt. Wird der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit nicht gelöst, bedeutet freie Zeit Hunger für Millionen, mehr noch: Vernichtung des gesamten Erdballs. Das drückt sich aus in der Abteilung I und ihr folgend in der Abteilung II. Diese ungeheure Zuspitzung konnten Marx, Engels und Lenin nur allgemein in der Kritik der politischen Ökonomie der Klasse, die dies ändern kann, schriftlich zukommen lassen. Diese Erklärung in heutiger Zeit des Niedergangs des Imperialismus in der Epoche des Sozialismus die dies erst so hervorgebracht hat und damit der M/L keine tote Wissenschaft ist, ist Aufgabe der heute lebenden Kommunisten. Die die neuen Phänomene eben sich heute zu erklären haben: Der Kapitalismus kann die Produktivkräfte nicht mehr beherrschen, er frisst sich selber auf!

Der deutsche Arbeiter ist es gewohnt, nur auf das „Kleine“ und ihm schon lange Bekannte zu schauen. Er gibt dem Kommunisten recht, aber seine kleine Welt scheint noch zu funktionieren. Noch ist er nicht entlassen, noch ist die Butter auf dem Tisch, noch fallen keine Bomben auf sein Wohnhaus und auf die Fabriken in Deutschland. Die Sichtweise „bei uns in der Fabrik läuft doch noch“ - wenn auch schon in ständiger „Kurzarbeit“ - dürfen wir nicht so stehen lassen. Wenn wir aber noch zu häufig selbst weiter mit Kleinstpunkten zu argumentieren versuchen und darin ihn auch zu organisieren im Kampf gegen das Kapital und den Staat der Monopolisten, was dem Arbeiter aber nicht die Lage, in der er sich befindet, erklärt UND ÄNDERT, sondern nur sein Lohnbewusstsein IHM

erhält anstatt den Blick auf das „Ganze“ zu richten, stellen wir uns selbst ein Bein beim Parteaufbau und nicht allein darin, sondern auch im Kampf des Arbeiters in seiner zwingend zu ändernden Haltung gegenüber seiner Massenorganisation Gewerkschaft. Unsere Taktik bestimmt sich durch das ökonomische Verständnis IN IHRER Kritik und eben darin führt sie den Arbeiter heran an die Revolution oder verhindert sie dies gerade, weil man in falscher Ansicht ihm gegenübersteht, dass man ihn aus der Vergangenheit der Arbeiterklasse nur in winzigen Schritten befreien könnte, die er dann aber gerade nicht gehen wird. (Gewohnheiten sind eben ein zäher und klebriger Stoff). Also, nicht auch gleich darin auf das alles aufzuspringen ist, was einem die Bourgeoisie so vor die Nase hält. Wenn wir den Blick aufs „Ganze“ richten, kommen wir nicht um die Frage der Diktatur des Proletariats „herum“. Bzw. Unsere: Einzelne organisatorischen Schritte, die wir dem Arbeiter nahebringen, dass er sie selbst vollzieht wird ihn selbst lehren, er hat den Kampf in seiner eigenen Befreiung aus der Lohnarbeit zu vollziehen. Die aber müssen wir praktisch machen, nicht als Propaganda-„Losung“ im luftleeren Raum verpuffen lassen.

Dabei ist die Frage der Massenentlassungen der zentrale Punkt. Wir sind verpflichtet, gegen die Lüge anzukämpfen, dass es sich hier um das ganz normale Auf und Ab einer Krise handelt und dass alles irgendwann wieder wird wie früher, im scheinbar friedlichen Kapitalismus, der einem einigermmaßen das Auskommen sicherte. Wir müssen den Nachweis liefern (und es ist die Bourgeoisie selbst, die ihn uns tagtäglich liefert - siehe z.B. die Dokumentation in der ARD „Verschollen“), dass wir es sind, die eine Produktion für die Menschheit, für die ganze Welt erzwingen müssen und können, wenn wir nicht in die Sklaven-Gesellschaft zurückfallen wollen. Das heißt Kampf Klasse gegen Klasse, ohne den der Sozialismus dem Arbeiter niemals als reale Möglichkeit vorstellbar ist. Es gilt, die kapitalistische Produktionsweise wie auch die Lohnarbeit als letzte Weisheit der Menschheit in Frage zu stellen. Kein Gott, kein Kaiser, keine kapitalistische Regierung, samt Staat und sein Gewalten-Apparat wird jemals in der Lage sein, die Bourgeoisie zu retten bzw. den Grundwiderspruch aufzuheben. Arbeiter, das Festhalten an der Lohnarbeit ist nichts als die Aufrechterhaltung des Alten. Es gibt kein Zurück! Die Bourgeoisie kann deinen Arbeitsplatz nicht sichern, obwohl das die Quelle ihres Profits ist. Die Bourgeoisie will keinen Krieg, sie muss ihn wollen im Versuch ihren Hals zu retten.

In der täglichen Agitation darf z.B. die neu eingeführte Wehrpflicht ab dem 18. Jahr niemals von der Ökonomie getrennt werden. Der Arbeiter und seine Zukunft hat im Mittelpunkt zu stehen, nicht eine untergehende Bourgeoisie, die den Arbeiter auf den Arbeiter hetzt und damit die Klasseneinheit zerstört um Ausbeuter und Beherrscher der Welt in „Ewigkeit“ zu bleiben. Wir brauchen die Einheit im Kampf gegen die Massenentlassungen, nicht die Angst des Arbeiters um seine Lohnarbeit,

die ihn hindert, der Erwerbslosigkeit für immer ein Ende zu machen. Denn die schürt die Arbeiteraristokratie mit vollem Bewusstsein und im Auftrag der Monopole: Arbeiter, Du kriegst wieder Arbeit, dafür sorgen wir – in der Rüstungsindustrie oder auf dem Schlachtfeld. Gegen Deine Brüder der gleichen Klasse.

Ein wesentlicher Hebel in diesem Kampf ist der Kampf um unsere Gewerkschaftshäuser. Der sollte aber nicht reduziert sein auf die Anti-Wehrpflichtkomitees, sondern es geht um unsere Versammlungs- und Beratungsmöglichkeiten, um unser Streiklokal für die ganze Klasse. Und auch darin sich die Gewerkschaften als Klassenorganisation des Arbeiters wieder zurückzuerobern. Eben als organisatorischer Mittelpunkt der parteilosen Arbeiter, den STREIK sich zu organisieren, so dass er sich dem Generalstreik der Arbeiter in Griechenland; der Arbeiter in Italien; der Arbeiter in Frankreich und jungst auch der Arbeiter in Belgien anschließt. Noch einmal: Die Wehrpflicht und ihre Organisation von Komitees, als in der Hauptseite einer vorübergehenden Sammlung der Arbeiter und werktätigen Jugend und ihrer Familien gegen den deutschen Angriffskrieg von den Massenentlassungen zu trennen oder der staatlich verordneten Dienstverpflichtung als Kriegsarbeit, die sich längst in der gesetzlichen Planung befindet, ist eine völlig unzureichende organisierende Taktik. Und nicht Teil einer Front des Abwehrkampfes gegen den Krieg und der darin gegebenen Verwüstung von Ländern, wie darin auch die kapitalistische Katastrophe die Natur so zu zerstören, dass sie Feind der Menschheit wird, usw. ohne diese Sicht in der Front des deutschen Krieges, der darin noch gegeben Abwehrkämpfe des deutschen Kapitals sieht und als eine Front im Kampf dem Arbeiter und seiner Klasse auferlegt ist, der schadet der aufzubauenden sozialistischen Bewegung, wenn der Kommunist dies nicht so sieht oder danach nicht handelt und der Arbeiterbewegung darin zu organisieren im Kampf und dem Wiederaufbau der KPD, der Avantgarde des Proletariats die KPD, im Sinne eines Ernst Thälmanns zügiger in heutiger Zeit aufzubauen. Denn wann sonst – als in Kriegszeiten!!?

Das besagt eben auch:

Der Antrag an die Delegiertenversammlung der IGM Frankfurt, von Genossen der OG mit Gewerkschaftern gestellt, zeigt den Weg auf, den jeder Genosse, egal ob Delegierter oder IGM-Mitglied, gehen kann, indem er sich z.B. an den OJA wendet und mit ihnen diskutiert. Solche Anträge gegen die kriegsvernarnten Oberen in der IGM und anderen Industriegewerkschaften sind ein Anfang, sich die Gewerkschaftshäuser zurückzuerobern, wieder in Mitgliederbesitz zu nehmen, als Streiklokale, als Ort der Organisation des Generalstreiks.

Es bedarf der Vorsicht beim Umgang mit der Losung zum 7-Studentenitag, besonders auch bei den kommenden Tarifrunden! Es ist in jedem Fall genau zu prüfen, ob sie ein Kampfpunkt zur Vereinigung der

Klasse sein kann oder ob es der Bourgeoisie in die Hände spielt, die die Schließung des Betriebs längst beschlossen hat. In jedem Fall darf es eine Tarifrunde nicht geben, die den Staatskampf, also die Milliarden-Verschuldung, die Milliarden für die Monopole und für den Krieg ausklammert.

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
November 2025*

WAS GRÜNDET SICH DA IN EINER „PATRIOTISCHEN JUGEND“?!!

Die Zeit ist gekommen! Das deutsche Kapital und der Gewaltenapparat Staat bedarf nicht allein in der Armee, die politische Organisation des deutschen Verbrechens – die ihr die Jugend als kriegstauglich nicht nur macht und unterwirft, sondern auch ihr militärisches Verbrechen gegen die Völker in die Länder trägt und darin sich erneut beweist: „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“. Kein Kommunist und kein Sozialist aus der FDJ konnte darin jetzt überrascht werden, dass die AfD sich ihre bei ihnen zu organisierende Jugend, oder schon organisierte Jugend aus einer AfD-Abteilung eine eigenständige Organisationseinheit macht - mit dem demagogischen Namen **„Patriotische Jugend“** zu gründen in Gießen im November 2025. Die Zeit, sich der Schlägertrupps, der Rassisten und ihrer Prügeleinsätze, die bis zum Mord an nationalen Minderheiten gingen, oder in den Überfällen demokratischer und „linker“ Institutionen, wie der darin gegebene Angriff auf Bürgermeister, etc. sich zu bedienen und darin ihre reaktionäre faschistischere Ideologie zur Tat in solchen entmenslichten Jugendtruppen machte, ist vorbei. Diese Truppen sind längst in ihr so vereinnahmt und darüber hinaus in ihrer Mitgliedschaft gegenwärtig, dass der Krieg samt der Kriegswirtschaft im deutschen Kapital ihr eine Organisation der Jugend aus dem Bürgertum möglich macht.

Das Aufkommen der AfD benötigt darin nicht einmal die Anleihe in und an der Weimarer Republik der Nazis, auch nicht in der Bildung die Bürger-Jugend sich organisatorisch zu unterwerfen, und mal sich diese Arbeiter-Provokateure heranzuziehen, sich als Aktive in die Armee der Kriegsunwilligen oder Kriegswilligen in Stellung zu bringen, wie den NAZIs Ende der Weimarer Republik die Möglichkeit und auch Gelegenheit wieder schafft, die AfD sich weiter im Staatsapparat zu integrieren oder ihn zu infiltrieren, um die in der staatlichen Zwangssituation der Kriegsverpflichteten der Jugend ab 18 Jahren, als Schinder der zwangsrekrutierten Soldaten in Armee-Funktionen vom Feldwebel, den Unteroffizieren bis hinauf zum General, aus einer Organisation des deutschen Verbrechens mit dem Namen „Patriot“ heranzuziehen - eben den deutschen Mörder im Soldatenrock. (Das lehrte die Arbeitergeschichte den KJV, die KPD, die FDJ)

In einer Vereinigung einer Jugend des deutschen Staatsbürgers, der durch die AfD reichlich mit Geld ausgestattet sein wird, von dem keine parteilose Jugend, aber auch keine FDJ der Kommunistischen Jugend auch nur träumen kann. Das deutsche Kapital war darin eben noch nie naiv. Ihre Armeen benötigten immer die staatliche politische Organisation des Nationalismus, des Rassismus und des Arbeiterprofiteurs, wenn eine

große Zahl des Proletariats selbst unter Waffen- besitz kommt. Da bedarf es nicht nur der Generäle mit der faschistischen Ideologie, mit der Unmenschlichkeit der Ermordung der Zivilbevölkerung etc., die Millionen Menschen wie im zweiten Weltkrieg ermordete, die Wehrmachtangehörige samt des deutschen Soldaten in allen Länder massakrierten, das bedurfte auch der Wiederbewaffnung der BRD in den 50er Jahren, dieser erprobten Faschisten (siehe 10 Jahre Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD oder die Aktionszüge noch in der Zeit, als der „Frieden den Krieg vorbereitete“, ob als internationale Züge in Frankreich, DDR, Polen, Tschechischer Republik, oder im eigenen Land, z.B. auf dem Rhein und im 40. Jahr der Bundeswehr von der Kämpfenden Jugend unser Organisation, in den geschichtlichen Dokumenten der Organisation.)

Voraussichtlich – wäre man in der Lage die Interna der AfD zu durchschauen – war dies wahrscheinlich längst in der Vorbereitung mit Zustimmung und auch Überweisung vom Kapital an die AfD, wie in Kenntnis der Jungen Union und ihren nicht zu übersehende Verbindungen mit der AfD, solch eine Organisation ins Leben in Kriegszeiten zu rufen. Spätesten nach der Mobilmachung UND Musterung der Kriegswilligen oder Kriegsunwilligen in der Tauglichkeits-Überprüfung als Kriegstauglicher sich solch eine politische Jugend zu organisieren, die von Beginn an die zum Kriegs-dienst Verpflichteten schon in der Rekruten-Ausbildung darin hindert den Widerstand in den Armee-Teilen einzuüben oder zu praktizieren. Die sich damit als spätere Offiziere und im staatlichen Gewaltenapparat bis zur Regierungsebene infiltrierte und Unterwanderte zu haben. und damit die politischen Gauner auch an der Kriegsfront darin weiter sind, um jeder Widerstand die Gewehre gegen die Barbarei des deutschen Kriegs und ihrer Armee zu unterdrücken. Dies wenn möglich selbst mit den Kriegsgesetzen – der jeden Widerstand als „Wehrkraftzersetzung“ ahndet mit dem Tod (bekannterweise, nach der darin gegebenen Forschung, fanden im zweiten Weltkrieg mehr als 10.000 deutsche Soldaten den Tod am Galgen oder durch Erschießung in der deutschen Hitler-Wehrmacht).

Es wäre wahrlich ein Leichtsinn, die AfD Jugend-Organisation mit eventuellem Zusammenschluss noch aus anderen nationalistischen Kriegs-Parteien zu unterschätzen. Oder zu meinen, sie könnte man durch symbolische Politik in Gegendemonstrationen „stoppen“, ohne den Kampf nicht aktiv in die Gewerkschaft und der Jugend in die VKs und OVG nicht aktiv gegen jede Mitgliedschaft von solchen Arbeiter-Provokateuren aus der AfD zu führen und darin eben die Arbeiter in den Betrieben darin zu unterstützen, diese Agenten des Krieges und des Kapitals zu bekämpfen und ihnen jede Möglichkeit sich in VKs oder in BRs einzuschleichen verwehren.

Das lehrt eben auch die Geschichte der FDJ selbst, die darin wahrlich eine große Verantwortung trägt, dass die Einheit der Sozialistischen

Jugend im Proletariat seine Stützpunkte gegen solche Kriegsagenten der Jugend aus der AfD benötigt und darum und darin wieder die Notwendigkeit nicht nur geschichtlich bestand, dass die KPD unter Ernst Thälmann die eigene kommunistische Jugendorganisation, den Kommunistischen Jugendverband aufbaute. der KPD zum Aktivistin und in seiner Initiative wir Kommunistische Jugend haben in solchen Zeiten des Krieges und des Faschismus uns zu vereinigen mit der sozialistisch gesinnten Jugend, wie mit jedem Jugendlichen aus dem Proletariat und der Werktätigen und Lernenden Jugend im Kampf gegen den Faschismus und Krieg gemeinsam in der FDJ zu führen. Nicht anders steht es in Zeiten, in denen die Friedenszeiten längst sich in Kriegszeiten zeigen, in denen es der FDJ als Bürde aufgezwungen ist, die Gewerkschaftsjugend und die „linke“ Jugend und darin den Teil, der gewillt ist im Proletariat den Kampf zu führen, zu organisieren! Darin bedarf es eben jetzt der umfänglichen Diskussion in der FDJ – denn dies wird nicht allein in Komitees gegen die Wehrpflicht möglich sein, wenn die Wehrpflicht für Hunderttausende spätestens in der Musterung Mitte dies Jahres schon längst zur lebensbedrohenden Realität wird.

Da wird eben die Zeit des Pazifismus ablaufen und sich wahrlich als mehr als ungenügend herausstellen, ab der Musterung des Individuums, in seiner Kriegstauglichkeit. Dies besagt die Kriegszeit des deutschen Angriffskriegs und seiner Okkupation in fremden Ländern und in der Konkurrenz seiner darin längst sichtbaren Kriegsgegner eben in der Nato-Kriegs-Allianz die im Rauch der jeweiligen Kriegsfront aufgehen wird. Und der Arbeiter – Provokateure aus einer AfD- Jugendorganisation als Teil der Armee – wie in Zeiten von Schirach und Co. - heute vorbereitet und auch unabwendbar darin ist für das deutsche Kapital und seiner Armee – Auch, dann wenn der Krieg von ihnen verloren wird. Ebenso lange wie das Privateigentum einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht aufgehoben wird, wird der Faschismus und Kriege, samt dieser Jung-Nazi einer AfD die unter staatlichen Zwang rekrutierten Soldaten die deutschen Jugenden bedrohen. Wenn sie darin die Leere nicht zieht oder sie hinauszögert, nur der“ Krieg dem Krieg“ erhält ihr das Leben.

Der in Vorkriegszeiten eben seinen Anfang darin hat in der Arbeiterklasse den STREIK *gegen* Regierung und Kapital zu führen, dass schwächt darin auch eine „Patriotische“ bezahlte Jugend des Kapitals. Bis hin zu ihrem im Widerstand der Werktätigen und lernenden Jugend, dass von ihr erzwungene Verbot einer AfD – Jugendorganisation in eine Nähe der Realität darin heranrückt.

*aus der Plenartagung des Zentralkomitees
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD
November 2025*